

Skandal der Sonderklasse: Bis zu € 30 Milliarden (!) Fördergeld für AKW!

Am Mittwoch, den 8. 10. 2014, fasste die EU-Kommission mit einfacher Mehrheit den Beschluss, der britischen Regierung zu erlauben, das neu zu errichtende AKW Hinkley Point mit bis zu 30 Milliarden Euro zu subventionieren (im wesentlichen: auf 35 Jahre garantierter inflationsbereinigter Strompreis, Haftung für Kredite).

Die EU hat sich die freie Marktwirtschaft auf ihre Fahnen geschrieben; aber alle wissen, dass „der freie Markt“ Regulierung braucht, um den Wettbewerb auf Dauer aufrechtzuerhalten; passiert das nicht, entwickelt sich der Markt in die Richtung immer größerer Konzentration, ein Unternehmen kauft das andere auf, bis nur noch zwei übrigbleiben; auch diese zwei fusionieren, und dann beherrscht ein einziges Unternehmen den Markt. Der Staat hat die Aufgabe, das Funktionieren des Marktes zu ermöglichen. Er erlässt zu diesem Zweck z.B. Kartellgesetze.

Der freie Markt also. Das heißt: gleiche Chancen und Bedingungen für alle, und dann möge der bessere gewinnen, respektive mehr Geschäft machen, erfolgreicher sein.

Noch einen sehr triftigen Grund gibt es für den Staat, in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen: Wenn eine bestimmte Entwicklung gefördert werden soll, weil sie als politisch und gesellschaftlich notwendig oder sehr wünschenswert erachtet wird. Solche Steuerungsmaßnahmen haben starken Signalcharakter, weil sie klar zum Ausdruck bringen, wohin es gehen soll. Dies ist der Grund für die Erlaubnis zur Förderung der Erneuerbaren Energien. Wir wollen, so wird uns damit gesagt, in Zukunft unsere Energie auf ressourcenschonende und nachhaltige Weise gewinnen. Die Technologie ist weitgehend neu und damit noch nicht „marktfähig“, also wird sie gefördert, damit sie sich etablieren kann.

Jetzt also hat die EU der britischen Regierung erlaubt, das AKW Hinkley Point C zu subventionieren, mit kolportierten 30 Milliarden Euro. Was sagt uns das? Will die EU damit ein Marktungleichgewicht zu Ungunsten dieses AKWs verhindern? Nein, denn das Ungleichgewicht besteht ja bereits, und zwar sehr zu Gunsten der AKWs: fehlende Versicherungsprämien (weil das Risiko buchstäblich nicht versicherbar ist) und daraus resultierend der Staat (ist gleich die steuerzahlenden Bürger) als de-facto-Risikoträger; staatliche Garantien für die enormen Kreditsummen, die für ein solch gigantisches Projekt wie ein AKW notwendig sind, und daraus resultierend sehr niedrige Kreditzinsen (siehe unsere letzte Titelgeschichte, es ist immer wieder dasselbe ...) Also ist diese Entscheidung der EU keine Maßnahme in Richtung Ermöglichung des freien Spiels der Marktkräfte.

Dann also doch das Signal in die gewünschte Richtung, und jetzt wird es richtig grimmig: Die EU erlaubt der britischen Regierung die Förderung eines zu errichtenden AKWs, weil sie das für eine zukunftsweisende und erwünschte Art der Energie-Erzeugung hält. Man ist sprachlos und fragt sich, ob die Entscheidungsträger die letzten Jahrzehnte verschlafen haben? Hochrisiko-Technologie, die nicht beherrschbar ist (Tschernobyl, Fukushima; der nächste Super-GAU bei uns?); noch immer ungelöstes Problem, was mit dem strahlenden „Abfall“ dieser Art der Stromerzeugung passieren soll (gerade jetzt wollen sie in unserer Nachbarschaft ein „geologisches Tiefenlager“ errichten, das so lange dicht halten soll, wie es die Menschheit bisher gibt); verseuchte Landschaften dort, wo das strahlende Erz abgebaut wird, großräumig verstrahlte Landschaften rund um die Orte der großen Atom-Katastrophen; all die Toten und Siechen, die krebserkrankten Kinder ... Die Terroristen, die das strahlende Material in die Hände bekommen können und möglicherweise nicht wissen, womit sie es zu tun haben und wie man damit umgeht ... Die Möglichkeit terroristischer Anschläge auf AKWs; ... Und es ist für ein paar wenige ein sehr gutes Geschäft. Die Kassa klingelt, das ist wichtig.

Selbstverständlich wird dieses Signal gehört. Die tschechische Regierung wird als nächste um Erlaubnis zur Förderung des Ausbaus von Temelín ansuchen, und sie werden die Erlaubnis erhalten. Warum auch nicht? Bei Hinkley Point wurde es auch erlaubt!

Die EU wurde in den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts gegründet als eine Wirtschafts-Union mit den ehemaligen Kriegsgegnern als Gründungsmitgliedern, um zu verhindern, dass sich so etwas wie ein Weltkrieg jemals wieder in Europa ereignen kann. Friedenssicherung durch wirtschaftlichen Zusammenschluss. Und, auch schon in der Anfangszeit dabei: EURATOM, der Einsatz der Atomtechnologie zu „friedlichen Zwecken“ und zur Förderung einer starken europäischen Atom-Industrie; unter dem Eindruck der Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges und der Verheerungen durch den Abwurf der beiden Atombomben auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki durch US-amerikanische Flugzeuge. Aber die Atomtechnologie ist nicht friedlich; sie ist es von allem Anfang an nicht. Es ist eine Technologie des Todes, einer schleichenden, unsichtbaren Vernichtung, die über die Generationen vererbt wird, und nicht nur beim Menschen. Alles Leben ist davon betroffen.

Bundeskanzler Faymann, Vizekanzler Mitterlehner und Umweltminister Ruppenthal wollen beim Europäischen Gerichtshof Nichtigkeitsklage gegen diese Entscheidung einbringen. Die „Wiener Plattform Atomkraftfrei“ hofft, dass die Gerichte die europäischen Gesetze ernster nehmen als die scheidende EU-Kommission.

Text: Joschi Arbeitshuber für die „Wiener Plattform Atomkraftfrei“